

Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“

Kommuniqué

55.000 Menschen haben am 28. März in Frankfurt a. M. und Berlin gezeigt: Wir sind nicht bereit, die Kosten für eine Krise zu bezahlen, die durch die Profitgier von Finanzinstituten und Konzernen verursacht wurde. Dabei ist klar: Die Demonstrationen vom 28.3. waren nur ein Anfang. Um die Krisen"lösungen" zu Fall zu bringen, die von den Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik vorbereitet werden – Garantien für faule Wertpapiere in dreistelliger Milliardenhöhe, Lohnverzicht, Massenentlassungen und die Perspektive auf eine nächste Runde Sozialabbau – braucht es eine gemeinsame Bewegung, die alle gesellschaftlichen Sektoren erfasst.

Jeder Abwehrkampf, der jetzt geführt wird, steht unter dem Vorzeichen des Kampfs gegen die Krise und wirft notwendigerweise die Frage nach einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus auf. Betriebliche oder branchenbezogene Lösungen werden nicht mehr möglich sein.

Das Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise" ruft daher dazu auf, sich in den kommenden Monaten an den anstehenden Mobilisierungen der Gewerkschaften (DGB-Demonstration am 16. Mai in Berlin) und der SchülerInnen und Studierenden (bundesweite Aktionswoche Bildungsstreik Mitte Juni) zu beteiligen. Dies sind wichtige Bausteine in der Verbreiterung der Antikrisenproteste.

An einigen Orten hat sich die Arbeit des Bündnisses nach dem 28.3. auf lokaler Ebene fortgesetzt. Die Zusammenarbeit der verschiedenen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Umweltverbände, Migrant*innenorganisationen etc. wird dadurch konkreter und intensiver. Wir schlagen vor, dass diese Beispiele Nachahmung finden und in einen bundesweiten Aktionstag der örtlichen Komitees gegen die Krise am 17. September münden.

Auf einer offenen Aktionskonferenz am 28. Juni in Kassel werden wir unsere Vorstellungen über unsere Antworten auf die Krise präzisieren.

Angela Klein, 25.4.2009

für das Bündnistreffen am 24.4.2009 in Hannover